Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 1

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften
Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Zeitschriften

Im Januarheft der Monatsschrift «*Geist und Tat*» nimmt *Willi Eichler*, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, in seinem Leitartikel zum Thema «*Kalter Krieg um Berlin*» Stellung. Wir zitieren das Schlußkapitel wörtlich:

«Worüber könnte verhandelt werden? Nicht so sehr über Einzelheiten, die unmittelbar die Lage Berlins betreffen. Viel wichtiger ist es, zu erreichen, daß die Grundschwierigkeiten in Verhandlungen angegangen werden. Und das heißt: Die *Sicherung des Friedens* muß beraten werden, wie sie in einem wiedervereinigten Deutschland möglich sein *kann*. Mit Atombomben für die Bundeswehr geht es *nicht*. Sie sind für den Frieden weder nötig, noch überhaupt nützlich. Die atomwaffenfreie Zone, wie sie im Rapacki-Plan angedeutet ist, der in Verhandlungen modifiziert werden kann, ist ein Ausweg, bei dem kein Staat und keine Macht sich etwas vergibt. Im übrigen kommt es nicht so sehr darauf an, ‚das Gesicht zu wahren' als vielmehr den Frieden. Schließlich sollte man auch Verhandlungen über einen *Friedensvertrag* nicht scheuen, — denn dabei *müssen* alle diese Fragen angeschnitten werden, die ja heute nicht mehr zu trennen sind. In Verhandlungen dieser Art findet auch die Rolle Berlins ihren Platz. Sonderberatungen über Berlin können im jetzigen Stadium eigentlich zu *nichts* Gutem führen, da sie nur an Symptomen herumkurieren können, ohne der Krankheit — der Friedensbedrohung — zu Leibe zu gehen. Wenn Dulles Pankow bei Kontrollfunktionen als ‚agens' Moskaus anzusehen gewillt ist, dann nimmt er vielleicht später Ulbricht als Vertreter der Russen an. So können die Sicherungen für Berlin Stück für Stück gelockert werden, und man kann den Tag voraussehen, an dem es sich im Westen nicht mehr lohnt, ‚für Berlin zu sterben', so wie man 1939 nicht ‚für Danzig sterben wollte', obwohl es überhaupt nicht um Danzig, sondern um den Weltfrieden ging, — den man durch Vorbeireden am Wesentlichen längst verspielt hatte.

Wer in Verhandlungen hier und heute die Probleme erörtert, die heute noch auch von den Sowjets als erörterungsfähig angesehen und angeboten werden, der hilft Grundlagen schaffen für eine friedliche Lösung der Streitfragen, die, wenn sie nicht durch Kompromisse aus der Welt geschaffen werden, uns in den Krieg hineinschliddern lassen. Das ist unsere real gesehene Situation — alles andere sind lebensgefährliche Illusionen.»

*

Im Januarheft der Zeitschrift «*Außenpolitik*» veröffentlicht *Walther Georg Hartmann*, bis vor wenigen Monaten Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes in Bonn, einen Aufsatz über «*Die Massenvernichtungswaffen und das Rote Kreuz*». Hartmann schreibt unter anderem:

«Welche andere Antwort könnte das Rote Kreuz als reiner Anwalt der Humanität den Herausforderungen durch die tödlich entfesselte Technik geben als die eine: das Verbot der Massenvernichtungswaffen zu fordern? Das hat es getan. Dafür steht auch dem Roten Kreuz keine andere, keine unmittelbar einwirkende, keine Verzicht und Abkommen erzwingende Macht zur Seite als die seiner ethischen Autorität. Sie zwingt zu dem einen: nicht zu schweigen.»

Hartmann erinnert dann daran, daß das Rote Kreuz vor allen anderen internationalen Organisationen bereits am 5. September 1945 nach den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki einen warnenden Aufruf veröffentlichte: «Damit begann die Kette immer wiederholter Appelle, Beschwörungen, Forderungen an die Regierungen ... mit dem Verlangen, die Verwendung von Atomenergien zu Kriegszwecken zu verbieten.» Hartmann zählt eine Reihe dieser Resolutionen des Internationalen Roten Kreuzes auf und sagt dann: «Sie sind klar, eindeutig, unbedingt ... Das Rote Kreuz — wie übrigens

auch gleichgerichtete Stimmen, der Kirchen zumal — hat dabei nicht zu befürchten, daß die offensichtliche Ergebnislosigkeit seines Verlangens in diesen 13 Jahren von Enttäuschten oder von Zynikern ihm zum Schaden ausgespielt würde. Noch einmal: es durfte nicht schweigen. Und wenn es sprach, konnte es nur das Unbedingte sagen, rein als Sachwalter der Menschlichkeit.»

*

Am 3. und 4. Januar 1959 fand in Westberlin ein Studentenkongreß gegen Atomrüstung statt, über den auch in der Schweizer Presse sehr einseitige, zum Teil die Wahrheit entstellende Berichte erschienen sind. Es ist deshalb von Interesse, im Wortlaut die «*Erklärung zum Berliner Studentenkongreß*» kennen zu lernen, die unter anderem in der «*Stimme der Gemeinde*», der in Darmstadt erscheinenden Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche (Nr. 2), veröffentlicht ist:

«Die Mißdeutungen, denen der Studentenkongreß gegen Atomrüstung, der am 3. und 4. Januar 1959 in Westberlin getagt hat, zurzeit ausgesetzt ist, veranlassen die unterzeichneten Mitglieder des Präsidiums zu folgender Erklärung:

Ernste und leidenschaftliche Aussprachen in den Arbeitsgruppen erbrachten fruchtbare Ergebnisse, die heute durch die Kritik an einem der Beschlüsse allzu sehr in den Hintergrund gedrängt sind. Es ist zu bedauern, daß die Haupterklärung sowie die konkreten Anregungen für die Weiterarbeit kaum bekannt geworden sind. Begrüßenswert war der Mut, die mit der atomaren Aufrüstung zusammenhängenden Probleme gerade im Hinblick auf die Situation Berlins offen zu erörtern.

Die umstrittene Zusatzerklärung, die für den Fall künftiger Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten die Klärung der Grundrisse einer interimistischen Konföderation als Aufgabe solcher Verhandlungen nennt, gibt weder nach Inhalt noch nach Zustandekommen das Recht, von einer kommunistischen Unterwanderung des Kongresses zu sprechen. Die Erklärung ist auf korrekte demokratische Weise als Meinungsäußerung der Mehrheit beschlossen worden, hätte nur durch einen Bruch mit demokratischen Prinzipien verhindert werden können und spricht ohne Zweifel die Überzeugung der großen Mehrheit der Teilnehmer aus, die wie viele von uns erleichtert waren, daß ein Tabu durchbrochen wurde, das die nüchterne Erkenntnis der deutschen Situation verstellt.

Die Teilnehmer haben die rechtsstaatliche Freiheit nicht mißbraucht; eben deren Erhaltung galt die Sorge, von der die Beratungen bewegt waren. Nicht der Kongreß, sondern seine Diffamierung in manchen Kreisen der Öffentlichkeit ist ein alarmierendes Zeichen dafür, wie sehr die Selbständigkeit politischen Denkens heute gefährdet ist, zu der wir seit langem der studentischen Jugend Mut machen und weiter Mut machen werden.

Berlin, den 9. Januar 1959.

Margherita von Brentano	Robert Jungk
Dietrich Goldschmidt	Heinrich Vogel
Helmut Gollwitzer	Wilhelm Weischedel.»

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß auf der großen Kundgebung des Europäischen Kongresses gegen Atomrüstung, die am 18. Januar 1959 in der Paulskirche in Frankfurt stattfand, *Willi Kreßmann*, der sozialdemokratische Bürgermeister des Westberliner Bezirks Kreuzberg, das Wort ergriff, um sich mit allem Nachdruck für die Lauterkeit und den Idealismus des Berliner Studentenkongresses, dem er selbst beigewohnt hatte, einzusetzen.

Der gleichen Nummer der «*Stimme der Gemeinde*» entnehmen wir einen interessanten Bericht über die «Frankfurter Konferenz zur Verständigung zwischen Ost und West», die vom 10. bis 13. Januar 1959 stattfand und an der hervorragende kirchliche Persön-

lichkeiten aus den USA, Kanada, der Sowjetunion, Ungarn, der Bundesrepublik Deutschland, England, der Tschechoslowakei und Frankreich teilgenommen haben. Das Ergebnis der Besprechungen wurde in vier Leitsätzen zusammengefaßt:

«1. Wir halten es politisch und menschlich für falsch, den mitteleuropäischen Raum atomar aufzurüsten, da diese Maßnahme der wachsenden Verständigung zwischen Ost und West unabsehbare Schwierigkeiten in den Weg legt und die friedliche Ordnung auf lange Zeit verzögert.

2. Wir sind der Meinung, daß die atomaren Kräfte, die so viel Segen für die rasch anwachsende Menschheit bedeuten können, in keinem Fall und in keinem Land für Vernichtungszwecke verwandt werden dürfen.

3. Als Kinder Gottes und deshalb als Brüder dürfen wir die Trennung der einen Welt in Ost und West, in Gerechte und Ungerechte, Erwählte und Nichterwählte, Gläubige und Gottlose nicht anerkennen. Wir wollen mit allen zusammenstehen, denen es um den Abbau des Kalten Krieges geht, weil sie an den Sieg der Versöhnung glauben, das Freund-Feind-Denken ablehnen und es als veraltet und abenteuerlich aus dem Reden und Handeln der Politik verbannt sehen möchten.

4. Wir sind dankbar für die ersten Schritte auf dem Weg der Gemeinschaft unserer Kirchen, die in Liselund, auf der Konferenz von Prag und in dem Treffen von Nyborg in dieser Richtung unternommen sind und wollen auf diesem Wege entschlossen weitergehen.»

*

In den letzten Monaten ist in Westdeutschland eine ganze Reihe von antisemitischen Vorfällen und Äußerungen bekannt geworden, erschreckenderweise besonders in der Lehrerschaft. «*Metall*» (1), das Organ der größten deutschen Gewerkschaft IG Metall, sieht sich veranlaßt, zur prinzipiellen Bedeutung dieser Erscheinungen die folgenden Bemerkungen zu machen, die man nur nachdrücklich unterstreichen kann:

«Wären dies Einzelfälle, so wären sie schon schlimm genug. Leider werden aber zahlreiche ähnliche Fälle bekannt, wo Lehrer, denen unsere Kinder anvertraut sind, sich als unverbesserliche Rassenhetzer erweisen. Gegen eine solche Vergiftung der jungen Generation kann gar nicht scharf genug vorgegangen werden! Wie konnte es zum Beispiel möglich sein, daß ein Mann wie der Studienrat Zind jahrelang junge Menschen unterrichtete, obwohl er sich schon früher gebrüstet hatte, ‚Hunderten von Juden mit der Schaufel das Genick eingeschlagen' zu haben? Erst seine Beleidigungen eines jüdischen Mitbürgers führten zu seiner Entlassung, Verurteilung und Flucht. Dürfen wir nicht von der Lehrerschaft erwarten, daß sie selbst ihre ‚schwarzen Schafe' aussondert und nicht aus falschverstandener Kollegialität deckt?» *Walter Fabian*